

Beschluss der außerordentlichen Tagung des 1. Landesparteitages:

Gegen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst

DIE LINKE hat im Bundestagswahlkampf die Position vertreten, dass eine erheblich Ausweitung des öffentlichen Dienstes notwendig ist, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und die erforderlichen Dienstleistungen des Staates für alle Bürgerinnen und Bürger erbringen zu können. Der vorliegende Koalitionsvertrag der LINKEN Brandenburg und der SPD Brandenburg wird dieser Forderung nicht gerecht.

Ausgehend vom Auslaufen des Solidarpaktes im Jahr 2019 reduzieren sich die Landesmittel erheblich. Darüber hinaus wird die absehbare Steuer- und Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung zu einer weiteren Minderung der öffentlichen Einnahmen des Landes Brandenburg führen. Die vom Bundestag und vom Bundesrat beschlossene Schuldenbremse engt den finanzpolitischen Spielraum des Landes Brandenburg erheblich, insbesondere der für die Bürgerinnen und Bürger des Landes wichtigen Dienste wie Bildung, Polizei und Gesundheitswesen.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielforderungen für den öffentlichen Dienst bringen diese für das Land schwierige Situation zum Ausdruck. DIE LINKE. Brandenburg vertritt die Auffassung, dass man sich mit dieser Situation nicht abfinden darf und ein und ein finanzpolitisches Umsteuern auf der Bundesebene notwendig ist, um Länder und Kommunen mit den notwendigen Mitteln auszustatten.

Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Zahlen versteht DIE LINKE. Brandenburg daher als Aufforderung gegen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst in Brandenburg insbesondere in den Bereichen Bildung, Polizei, Hochschulen und Gesundheitswesen sowie insgesamt um den Erhalt eines arbeitsfähigen bürgernahen öffentlichen Dienstes zu kämpfen.